

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Abonnement
viertelj. 1 M. 50 Pf. einschließl. des „Musik. Unterhaltungsbl.“ u. der Humor. Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Telegr.-Adresse: Amtsblatt.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

56. Jahrgang.

Erscheinung

täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag. Insetionspreis: die kleinspaltige Zeile 12 Pf. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 30 Pf.

Fernsprecher Nr. 210.

N 139.

Dienstag, den 26. Oktober

1909.

Im Musterregister ist eingetragen worden:
Nr. 451. Firma **Paul Heckel in Eibenstock**
drei versiegelte Pakete enthaltend 143 Muster von Seidenstickereien. Fabriknummern:
9454, 9466, 9511, 9530, 9532-33, 9550, 9556, 9559, 9591-94, 9596-9616, 9619
bis 21, 9623, 9625, 9627-30, 9632-35, 9643, 9645-46,
9647-58, 9661-65, 9667, 9669-74, 9676, 9678-9702.
9703-09, 9712-37, 9759-67, 9773.
Flächenergebnisse, Schutzfrist 3 Jahre, angemeldet am 20. Oktober 1909, vormittags
11 Uhr 15 Min.
Eibenstock, am 23. Oktober 1909.

Königliches Amtsgericht.

Feuerwehrrübung.

Sonntag, den 31. Oktober 1909

findet eine gemeinschaftliche Übung der Freiwilligen Turnfeuerwehr und der städtischen Pflichtfeuerwehr statt.

Dazu haben sich

vormittags 11 Uhr

die Freiwillige Turnfeuerwehr im Magazingarten und

vormittags 1/2 12 Uhr

die Spritzenmannschaft der Pflichtfeuerwehr im Magazingarten sowie die Rettungs- und Absperermannschaft der Pflichtfeuerwehr im Schulgarten zu stellen.

Unentschuldigte und ungerechtfertigte Versäumnisse werden bestraft. Die Mannschaften der Pflichtfeuerwehr haben zur Vermeidung ihrer Bestrafung die Feuerwehrrabzeichen anzulegen.
Eibenstock, den 26. Oktober 1909.

Der Stadtrat. Das Kommando der Freiw. Turnfeuerwehr.

J. B. Kommerzienrat Eugen Dörfel.

Paul Müller.

M. II.

12. öffentliche Sitzung des Stadtverordneten-Kollegiums Donnerstag, den 28. Oktober 1909, abends 8 Uhr

im Sitzungssaale des Rathauses.

Eibenstock, den 25. Oktober 1909.

Der Stadtverordnetenvorsteher.

J. B. Bernhard Frischke.

Tagesordnung:

1) Beschlussfassung wegen Ankaufs des Grundstückes Nr. 1376 im Rehmergrunde.

2) Ersag unbrauchbar gewordenen Straßenlaternen durch neue.

3) Nachverwilligung von Mitteln

a) für Herstellungen am Triftwege;

b) für Baulichkeiten in der Schule im Jahre 1908.

4) Bestellung der Wahlgehilfen für die Stadtverordnetenwahl.

5) Wahl der Mitglieder des Gemeindefürsorgeausschusses auf die Jahre 1910 bis mit 1912.

6) Verordnung über das Anleihenwesen der Gemeinden.

7) Verordnung über die Handspigenklöppelei betreffend.

8) Kenntnisnahmen

a) von 2 Dankschreiben;

b) von einer Verordnung über die Perlnährkurse;

c) vom Berichte über die letzte, vom Verbandsstassenrevisor vorgenommene Prüfung der städtischen Kassen.

Geheime Sitzung.

Mittwoch, den 27. d. s. Mon.,

nachmittags 2 Uhr

soll in **Wöckels Gasthof in Hundshübel** ein daselbst eingestellter **Aufschwagen** (gelbes Korbflecht) an den Meistbietenden gegen sofortige Barzahlung versteigert werden.

Eibenstock, den 23. Oktober 1909.

Der Gerichtsvollzieher des Königl. Amtsgerichts.

Zu den Landtagswahlen in Sachsen und Baden.

Wenn auch erst die Stichwahlen das endgültige Bild der Kammern von Sachsen und Baden ausmalen werden, so beschäftigt sich doch die gesamte politische Presse außerordentlich lebhaft mit den vorliegenden Resultaten. Allgemein wird auf den Zusammenhang zwischen diesen bundesstaatlichen Wahlen und der Reichsfinanzreform hingewiesen, abweichend oder anlagend, und die ungewöhnlich große Zunahme sozialdemokratischer Stimmen in erster Linie auf die schweren Verärgerungen durch den neuen Reichstagsblock zurückgeführt. Daß Konservative so gut wie Ultramontane jetzt Kanzlersturz und Finanzreform büßen und mit Recht büßen, ist vielfach unterstrichenes Leitmotiv der Wahlartikel, die im übrigen weit auseinandergehen in der Einzelbeurteilung der Vorgänge. Erklärlich ist dies schon nicht nur wegen der verschiedenen Parteilagerung der Blätter, sondern auch wegen eines gewissen Halbunkels, das über den Wahlen liegt und erst von den Stichwahlen gänzlich fortgesetzt werden wird. Merkwürdig zurückhaltend sind die konservativen Blätter, deren führenden Organen der Kleinmut die Sprache geraubt zu haben scheint. In der Tat liegt für sie auch Grund genug zur Beklemmung vor. Denn je ehärlicher sie sich im Interesse des Vaterlandes bemüht haben im Reichstag, desto schmerzlicher muß ihnen die Erkenntnis sein, daß sie in ihrem Bündnis mit den Schwarzen doch nur Schrittmacher gewesen sind für die Roten. Und daß ihnen die beherrschende Majorität in der sächsischen Kammer von den Sozialdemokraten zugunsten der Nationalliberalen, die jetzt die Zunge an der Wage bilden werden, abgenommen worden ist, ist auch nicht gerade ein Grund zur Freude oder zum Stolz. Denn es liegt zweifellos eine schwere Verrechnung vor. Daß der Konservatismus dem Umsturz die Mandate auslöfern sollte, war doch ganz gewiß nicht Absicht der Väter des Gesetzes.

Der rechts stehende „Reichsbote“ benützt die Gelegenheit zu der recht verständigen Warnung: „Diese Wahlergebnisse stoßen die bürgerlichen Parteien mit Gewalt auf die Mahnung, die wie bisher wiederholt erhoben haben: Erht endlich ein, daß ihr einzeln so schwach seid, um eine führende Rolle für nationale Politik zu spielen und daß ihr euch deshalb vereinigen müßt, aber dann laßt auch endlich die öden Kapbalgereien ruhen und treibt positive Politik, wozu reichlicher Anlaß gegeben ist. Wenn die Dinge so weiter laufen wie jetzt, so haben wir bei den nächsten Reichstagswahlen zu erwarten, daß ein großes Zentrum und eine starke große Sozialdemokratie den Reichstag beherrschen neben einer Menge kleiner unbedeutender bürgerlicher Parteien! Soll das so werden? Wenn nicht, dann handle man jetzt demgemäß.“

Daß übrigens ernstlich in demokratischen Kreisen an ein Bündnis mit den Sozialdemokraten gedacht wird, bestätigt die „Frankf. Ztg.“, indem sie in Baden ein Zusammengehen der Liberalen mit den Sozialdemokraten gegen Zentrum und Konservative empfiehlt.

Dasselbe Rezept empfiehlt dann das Blatt den Liberalen in Sachsen, die sich aber schönstens dafür bedanken werden. Die „Tägl. Rundschau“ hat ganz recht, wenn sie der besonderen Bedeutung gedenkt, die schließlich gerade den Nationalliberalen in der sächsischen Kammer beschieden sein wird: „Man hat bereits der erste Wahltag die Befestigung der konservativen Alleinherrschaft endgültig entschieden, und er eröffnet uns die Aussicht auf eine Mehrheit, in welche sich Konservative und Nationalliberale teilen müssen; eine Mehrheit, welche uns in jedem Betracht mehr zusagen will, als das bisherige absolute Regiment der äußersten Rechten.“

Mahnliche Gedanken äußern die „Leipz. N. N.“: „Unter dieser Voraussetzung, daß das nationale Bürgertum so seine Schuldbüße tun wird, wird die nationale liberale Partei vielleicht die stärkste Fraktion des neuen Landtages werden, sicherlich aber der ausschlaggebende Faktor in ihm, und es ist hinfort den Konservativen nicht mehr möglich, ihren Willen auf Grund einer Abstammungsmehrheit durchzusetzen. Aber dieser Besitz der Macht läßt der nationalliberalen Partei auch die Verantwortung auf, ihre Versprechungen einzulösen und ihre Forderungen, deren Richtertätigkeit bisher mit dem Bestehen eben jener konservativen Majorität motiviert werden konnte, allmählich in das Tat umzusetzen.“

Daß die Sozialdemokratie schier trunken vor Siegesfreude ist, beweist, wie überraschend ihr selber der Schlag gekommen ist. Das Orakel sozialistischer Gesinnungstüchtigkeit in Sachsen, die „Leipz. Volksztg.“, quittiert über die Wahl von 16 Sozialisten und die Vereinfachung der Sozialdemokratie an 53 Stichwahlen, wobei die Partei etwa 450.000 Stimmen aufgebracht hat, in zollhohem Bettern mit dem Siegesjauchzer: „Niedergeritten!“ und erklärt dann, daß die „Gottentottenschmach durch den 21. Oktober getilgt sei, und daß es nur noch einem letzten Sturm auf das Vierklassenwahlrecht gelte“. Und der „Vorwärts“ bejubelt den „roten“ 21. Oktober als einen „Siegestag der Sozialdemokratie“, einen „Tag stolzen Erfolges der proletarischen Sache“. Und leider hat der „Vorwärts“ damit recht. Zu hoffen bleibt nur, daß die Stichwahlen die Bürgerlichen gegen den Umsturz finden, auf daß die rote Flut nicht höher steige und der rote Kamm nicht noch dunkler erglühe.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Der Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Rieberding beabsichtigt nach einer amtlichen Mitteilung der „Nordd. Allg. Ztg.“ demnächst in den Ruhestand zu treten und zwar wegen seines Alters. Dr. Rieberding hat sein Amt 17 Jahre lang innegehabt. Im Mai vorigen Jahres beging er seinen 70. Geburtstag. Den Aufgaben seines verantwortungsvollen Dienstes hat er sich stets mit voller Kraft gewidmet. Jetzt erlahmt diese unter den Beschwerden des Alters und infolge anhaltender Kränklichkeit. Da hält es der verbiente Staatsmann denn für seine Pflicht, die Würde und Bürde des Amtes jüngeren und kräftigeren Schultern zu überlassen.

Großadmiral von Köster hat sich über seinen Aufenthalt in Newyork mit großer Befriedigung geäußert. Es sei ihm, so meldet der „B. Lok.-Anz.“, eine ganz besondere Freude gewesen zu sehen, mit welcher Hochachtung und Freundslichkeit man den Vertretern des deutschen Reiches überall in Amerika entgegengekommen sei. Die Deutsch-Amerikaner hätten die Liebe zur alten Heimat im Herzen behalten und gepflegt sie fortgesetzt.

Reichstagsabgeordneter Dr. Stresemann und die Ausgabe der Scheckstempelsteuermarken. Von vielen Seiten ist darüber Klage geführt worden, daß die auf Grund des Scheckstempelgesetzes neu eingeführten Scheckstempelsteuermarken nur bei den Zollämtern ausgegeben werden. Auf Anregung aus dem 21. sächsischen Reichstagswahlkreis hat deshalb der Abgeordnete Dr. Stresemann an den Staatssekretär des Reichsschatzamt eine Eingabe gerichtet, in welcher er auf die vorgenommenen Klagen über die jetzige Ausgabe der Scheckstempelmarken hinweist, die es beispielsweise nötig mache, daß man nach Annaberg zum Zollamt fahren muß, wenn man in Grauzahl eine Scheckstempelmarke braucht, und die Ausgabe der Scheckstempelmarken durch sämtliche Postämter des deutschen Reiches, wie sie jetzt schon für die Wechselstempel besteht, anregt. Wie die „Nationalzeitung“ inzwischen erfährt, soll eine entsprechende Verordnung demnächst bevorstehen.

Im Reichspostamt zu Berlin ist die internationale Posttschekkonferenz eröffnet worden. Den Vorsitz führt Unterstaatssekretär Frank. Vertreter der Reichspostverwaltung sind außerdem Geheimrat Oberpostrat Ushenborn und Geheimrat Postrat Wernicke. Zweck der Konferenz ist die Einrichtung eines internationalen Postgiroverkehrs zwischen Deutschland, Oesterreich, Ungarn und der Schweiz.

Ein Aufruf des Reichsverbandes gegen